

Warum ich mit Nein gestimmt habe

Aus: Efimerida ton Syntaktion (Zeitung der Redakteure) vom 18. Juli 2015

Übersetzung und Anmerkungen von Niels Kadritzke

Meine Entscheidung, in die Politik zu gehen, erfolgte aus einem einzigen Grund: um Alexis Tsipras im Kampf gegen die Schuldversklavung (*wörtlich: durch Schulden erzwungene Lehensknechtschaft*) beizustehen. Was Alexis Tsipras betrifft, so hat er mich, was mir eine Ehre war, aus einem einzigen Grund rekrutiert: wegen meiner sehr konkreten Interpretation der Krise, die auf der Ablehnung des Papakonstantinou-Dogmas beruht, wonach bei der Wahl zwischen unregelmäßigem Bankrott und toxischer Verschuldung stets letztere vorzuziehen sei.

Es handelt sich um ein Dogma, das ich ablehne, weil es eine Dauerdrohung darstellt, die darauf angelegt ist, mit dem Instrument der Panik politische Entscheidungen herbeizuführen, die eine dauerhafte Verschuldung garantieren - und letzten Endes auf eine Schuldversklavung hinauslaufen. Am Mittwoch Abend (*also am 15. Juli*) hatte ich mich zwischen zwei Möglichkeiten zu entscheiden:

- a) Ich konnte mir besagtes Dogma zu eigen machen, mit der Zustimmung zu dem Text, der Alexis Tsipras von den „Partnern“ auf dem Euro-Gipfel auf putschistische Weise und mit unbeschreiblicher Brutalität aufgezwungen wurde;
- b) Ich konnte meinem Ministerpräsidenten „Nein“ sagen.

„Ist die Erpressung echt oder gezinkt“, fragte uns der Ministerpräsident und formulierte damit das scheußliche Dilemma, vor dem wir alle und er selbst stehen. Die Erpressung war ganz offensichtlich echt. Diese „Wahrheit“ spürte ich das erste Mal, als mich am 30. Januar Herr Dijsselbloem in meinem Büro (*im Athener Finanzministerium*) aufsuchte, um mich vor das Dilemma zu stellen „Memorandum oder geschlossene Banken“. Wir wussten also von Anfang an, wie entschlossen die Gläubiger waren. Und wir entschieden (*damals*), was wir uns an langen Tagen und in langen Nächten im Maximou (*dem Amtssitz des Regierungschefs*) immer und immer wieder in die Hand versprochen haben:

Wir werden alles Erforderliche tun, um eine ökonomisch tragfähige Vereinbarung zu erreichen. Wir werden Kompromisse eingehen, ohne am Ende kompromittiert dazustehen. Wir werden so viel Rückzieher machen, wie nötig sind, um eine Vereinbarung/Lösung innerhalb der Eurozone zu erreichen. Aber wenn wir von der zerstörerischen Logik der Memoranden besiegt werden, werden wir die Schlüssel unserer Büros denen übergeben, die an die Memoranden glauben. Die sollen sie dann auch umsetzen - und wir finden uns wieder auf der Straße.

„Gibt es eine Alternative?“ fragte uns der Ministerpräsident am Mittwoch. Ich denke ja, die gibt es. Aber ich will darüber an dieser Stelle nicht mehr sagen. Es ist nicht der Augenblick. Hier ist nur von Bedeutung, dass der Ministerpräsident am Abend des Referendums der Meinung war, dass es keine Alternative gebe.

Deshalb bin ich zurückgetreten; ich wollte es ihm damit leichter machen, nach Brüssel zu fahren, um dann mit den besten Bedingungen zurückzukehren, die man dort erreichen konnte. Nicht aber, um diese Bedingungen, wie auch immer sie ausfallen, dann auch selbst umsetzen.

Im Zentralkomitee (*der Syriza*) hat uns der Ministerpräsident am Mittwoch aufgefordert, gemeinsam zu entscheiden, also die Verantwortung zu teilen. Sehr richtig. Aber wie? Eine Lösung bestand darin, alle gemeinsam das zu machen, was wir, wie immer wieder gesagt, im Fall einer Niederlage machen sollten. Wir würden sagen, dass wir verloren haben, dass wir eine Vereinbarung nach Hause gebracht haben, die wir für nicht tragfähig halten. Und wir würden alle Politiker aller Parteien, die sie zumindest potentiell für tragfähig halten, zur Bildung einer Regierung auffordern, um diese Vereinbarung umzusetzen.

Die zweite Lösung ist die, die der Ministerpräsident vorgeschlagen hat: Die erste Regierung der Linken am Leben zu erhalten, um auf diese Weise eine Vereinbarung umzusetzen – sprich ein Produkt der Erpressung -, die der Ministerpräsident selbst für nicht umsetzbar hält.

Es war ein unerbittliches Dilemma – für uns alle gleichermaßen. Alexis Tsipras hat richtigerweise gesagt, dass niemand von uns das Recht hat, so zu tun, als ob er das Dilemma des Gewissens stärker empfinde als der Ministerpräsident oder die anderen Genossen.

Das aber heißt umgekehrt, dass auch diejenigen, die davon ausgingen, die Regierung müsse die nicht realisierbare „Vereinbarung“ selbst umsetzen, nicht von einem stärkeren Verantwortungsbewusstsein beherrscht sind als diejenigen, die davon ausgingen, dass wir zurücktreten müssen...

Im Plenum des Parlaments hat Ekleidis Tsakalotos (*Varoufakis Nachfolger als Finanzminister*) die Realität auf perfekte Weise beschrieben, als er sagte:

Diejenigen, die glauben, dass die Syriza-Regierung sich nicht mit der Ratifizierung dieser Vereinbarung belasten dürfe, haben genau so starke Argumente wie die anderen, die glauben, dass die Syriza-Regierung gegenüber dem Volk die Pflicht habe, diese schlechte Vereinbarung zu realisieren, um einen unregulierten Bankrott zu vermeiden.

Niemand von uns ist mehr „Anti-Memorandum“, aber niemand ist auch „verantwortungsbewusster“. Es ist schlicht so: An einem derart kritischen Kreuzungspunkt - und unter dem Druck der Heiligen Allianz der Internationalen Verflechtung - ist es absolut verständlich, dass die einen Genossen den einen und andere Genossen den anderen Weg vorziehen. Unter diesen Bedingungen wäre es ein Verbrechen, wenn die einen die anderen als „Kompromissler“, und die anderen die einen als „Unverantwortliche“ bezeichnen. ...

Angesichts dessen ist der Grund, warum ich am letzten Mittwoch mit Nein gestimmt habe, ganz schlicht dieser: Wir hätten die Schlüssel des Maximou und der übrigen Ministerien – wie es für den Fall einer Kapitulation vorgesehen war - denen übergeben müssen, die dem Volk in die Augen schauen und dabei sagen können, was wir nicht sagen können: „Die Vereinbarung ist hart, aber sie kann auf eine Weise umgesetzt werden, die uns die Hoffnung auf Erholung und Umkehrung der gesellschaftlichen Katastrophe belässt.“

Die Regierung der Linken kann gegenüber dem offiziellen Europa nicht Verpflichtungen übernehmen, von denen sie weiß, dass sie nicht zu erfüllen sind. Das höchst Gut, das die Syriza-Regierung bewahren muss, ist das Versprechen, das wir bei unseren Besuchen in den europäischen Hauptstädte abgegeben haben: Im Gegensatz zu unseren Vorgängern versprechen wir euch nichts, wie z.B. ein ganz bestimmten Überschuss des Primarhaushalts, was wir nicht für erreichbar erachten. Aber ebenso wenig hat die Regierung der Linken das Recht, die Opfer der fünfjährigen Krise noch weiter auszuplündern, ohne nicht wenigstens

eine positive Antwort auf die Frage geben zu können: „Habt ihr wenigstens etwas erreicht, was die rezessionsfördernden Maßnahmen kompensiert?“

Viele Genossen sagen mir jetzt: „Ist es nicht besser, dass wir am Ruder sind? Wir, die wir mit den Leuten mitfühlen, die wir das Richtige beabsichtigen, was die Korruption und den Kampf mit der Oligarchie betrifft?“ Ja, das ist besser. Aber mit welchen Instrumenten werden wir arbeiten? Die Entscheidung des Euro-Gipfels zementiert und verlängert das völlig Fehlen gesellschaftlicher Kontrollen über die Banken, und dies während die Gesellschaft mit weiteren 10 bis 25 Milliarden Euro Schulden belastet wird, um diese Banken zu stärken.

Es folgt eine Passage, in der Varoufakis bezweifelt, ob die neue Vereinbarung tatsächlich den Grexit abwenden wird. Er stellt den Genossen, die ihm selbst vorwerfen, dass er mit der Ablehnung der Vereinbarung die Pläne von Schäuble bedient, folgende Gegenfrage: „Seid ihr sicher, dass diese Kapitulationsurkunde nicht ein Teil von Schäubles Plänen ist?“

Varoufakis fragt weiter, ob es „eine sicherere Methode gibt, das Land aus der Eurozone zu vertreiben, als über eine nicht tragfähige Vereinbarung, die dem deutschen Finanzminister die Zeit und die Argumente verschafft, den ersehnten Grexit (doch noch) auf den Weg zu bringen?“

Abschließend kommt er auf eine „philosophische Dimension“ des beschriebenen Dilemmas für das linke Bewusstsein zu sprechen: „Gibt es nicht Momente, in denen über der Kalkulation des reinen Nutzens der Gedanke stehen sollte, dass gewisse Dinge einfach nicht in unserem Namen geschehen dürfen. Und sind wir jetzt nicht an einem solchen Punkt angekommen? Richtige Antworten gibt es nicht. Sondern nur die ehrliche Bereitschaft, die Antworten der Genossen, mit denen wir nicht übereinstimmen, zu respektieren.“

Anmerkung Niels Kadritzke: Die Klarstellung seiner politischen Position ist aller Ehren wert. Große Verwirrung löst Varoufakis allerdings durch seine Äußerungen zum Grexit aus. Nachdem er den Grexit stets als Katastrophe bezeichnet hatte, sagt er in diesem Text – und vermehrt seit dem Showdown in Brüssel –, dass er persönlich den Grexit inzwischen für das „kleinere“ Übel hält, oder zumindest für ein ebenso großes Übel wie die Unterwerfung unter die „toxische“ Schuldenknechtschaft. Im hier dokumentierten Text führt er dies nicht näher aus, weil er den Zeitpunkt dafür noch nicht gekommen sieht. Das hat ihn allerdings nicht daran gehindert, in seinem Interview mit dem englischen „New Statesman“ <http://www.neues-deutschland.de/artikel/977827.sie-haben-uns-in-die-falle-gelockt.html> vom 13. Juli anzudeuten, dass er sehr wohl einen „Alternativplan“ in der Schublade hatte.

Allerdings ist auch dieses Interview höchst widersprüchlich. Zwar behauptet Varoufakis, es gebe eine mögliche „Alternative“, einen Grexit sauber zu bewältigen. Zugleich bekennt er jedoch große Zweifel, ob die Syriza-Regierung das hingekriegt hätte, wenn er erklärt: „...den Zusammenbruch einer Währungsunion zu managen, erfordert ein großes Maß an Expertise, und ich bin nicht sicher, ob wir die hier in Griechenland ohne Hilfe von außen haben würden“.

Das klingt zögerlich und würde verständlich machen, dass Tsipras sich auf dieses Wagnis eher nicht einlassen will. Umso erstaunlicher ist, dass Varoufakis im selben Interview an anderer Stelle die Grundelemente seiner Alternativ-Strategie relativ selbstbewusst vorstellt. Allerdings unter der Prämisse, dass der Grexit damit nicht beschlossene Sache war. Die Strategie zum Euro-Austritt sollte zwar „aktiviert“ werden, aber auf keinen Fall an den „point of no return“ kommen.

Wie sollte diese „halbe“, aber nicht endgültige Alternative aussehen, für die Varoufakis im inneren Entscheidungszirkel keine Mehrheit finden konnte (er spricht von 2 gegen 4 Stimmen). Der Ex-Finanzminister nennt drei Elemente:

- „Wir sollten unsere eigenen IOUs ausgeben, oder zumindest ankündigen, dass wir eigene, auf Euro lautende Zahlungsmittel ausgeben werden“;
- „Wir sollten einen Haircut für die bei der EZB liegenden griechischen Staatspapiere von 2012 anordnen, oder diesen Schritt ankündigen“;
- Wir sollten die Kontrolle der Bank von Griechenland (der Notenbank) übernehmen.

Zu diesem erstaunlichen Plan möchte ich nur wenige Anmerkungen machen, die kundige Ökonomen sicher vertiefen oder problematisieren können. Zunächst einmal halte ich es für extrem unwahrscheinlich, dass die skizzierte Strategie das Land nicht an „point of no return“ gebracht hätte – zumal wenn man die Absichten von Schäuble so einschätzt, wie es Varoufakis selbst in seinem oben dokumentierten Artikel in der *Efimerida ton Syntakton* tut. Sehr vieles spricht dafür, dass die Grexit-Fans die Einführung einer inneren Währung als Steilvorlage für ihre eigene Grexit-Strategie gesehen und genutzt hätte.

Der gravierendste und m. E. bedenklichste Punkt an diesem Plan ist jedoch die „Übernahme“ der Zentralbank. Zum einen ist äußerst zweifelhaft, ob das auf rechtsstaatliche Weise gelungen wäre. Die griechische Zentralbank (TtE) ist wie in allen EU-Ländern die unabhängige Notenbank, die zudem integraler Teil des Eurosystems ist. Dieser unabhängige Status ist gesetzlich kodifiziert. Damit die Regierung auf den „Schatz“ der Notenbank zugreifen kann, muss das entsprechende Gesetz geändert werden. Dafür wäre eine Mehrheit im Parlament nur schwer denkbar gewesen. Aber selbst wenn die beiden Regierungsfractionen geschlossen mitgemacht hätten, würde die „Übernahme“ der Zentralbank ein klarer Verstoß gegen zentrale Regeln der Eurozone darstellen.

Dieser Verstoß hätte sofortige Sanktionen ausgelöst, zu allererst die Beendigung der ELA-Spielräume, die dem griechischen Bankensystem in den letzten Monaten eine äußerst notdürftige Liquidität verschafft haben. Damit hätte sich das Risiko erheblich erhöht, dass der „ungeregelte Bankrott“ sich zu einem vollständigen Bankenkrach und in der Folge zu einem „chaotischen Bankrott“ entwickelt. Der Ökonom Varoufakis muss sich fragen lassen, welches Rezept er für eine solche Entwicklung in Reserve gehabt hätte.

Ebenso wichtig ist eine zweite Frage: Die Aufhebung der Unabhängigkeit der nationalen Notenbank stellt eine derart gravierende Verletzung des „*acquis communautaire*“ dar, dass Athen selbst die Frage der Euro-Mitgliedschaft Griechenlands auf die Tagesordnung gesetzt hätte. Damit wäre eine Entwicklung in Gang gekommen, die von einem großen Teil der griechischen Gesellschaft entschieden abgelehnt wird. Zumindest noch.

Wie Varoufakis die von ihm skizzierte Tryptichon-Strategie in die Realität umsetzen wollte, ist mir ein einziges Rätsel. Aber vielleicht wird er dieses Rätsel in seinem nächsten Buch auflösen. Mich würde jedenfalls interessieren, was andere linke Ökonomen von seiner vorgeschlagenen, wenn auch nur halbherzig verteidigten Strategie halten. Die Nachdenkseiten könnte eine fachliche Diskussion über diese Frage anstoßen.